Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 101 (2010)

Heft: 7

Artikel: "Der tiefstmöglichste Preis ist weder Ziel des Gesetzes noch des Regulators"

Autor: Steinmann, Walter / Mäder, Niklaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-856090

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BRANCHE **PANORAMA**

«Der tiefstmöglichste Preis ist weder Ziel des Gesetzes noch des Regulators»

Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie, zu höheren Abgaben, Kapitalverzinsung und den KKW-Gesuchen

Gewichtige Akten liegen auf seinem Pult: Revision des Stromversorgungsgesetzes, Energieabkommen mit der EU und Rahmenbewilligungsgesuche für neue Kernkraftwerke. Gegenüber dem Bulletin erläutert BFE-Direktor Walter Steinmann, wie die Dossiers vorankommen.

Bulletin SEV/VSE: Das Parlament hat Anfang Juni eine Erhöhung des Wasserzinses beschlossen, auch die kostendeckende Einspeisevergütung wird steigen. Wie passt diese Erhöhung von Abgaben zur politischen Forderung, dass die Strompreise tief, kompetitiv bleiben müssen?

Walter Steinmann: International – europäisch zumindest – sind wir mit den heutigen Strompreisen in der Schweiz sehr kompetitiv. Insbesondere im Bereich der Haushalte haben wir erstklassige Bedingungen – und eigentlich kann sich auch die Grossindustrie nicht beklagen. Wenn nun neue Abgaben kommen, ist dies ein politischer Entscheid.

Gleichzeitig will die Politik den Strompreis tief halten. Mit dem Stromversorgungsgesetz wurde ja ein Regulator eingesetzt, der für einen wettbewerbsfähigen, einen vernünftigen Strompreis sorgen soll. Mit höheren Abgaben beschneidet man diese Bestrebungen wieder.

Der Regulator muss primär sehen, dass die Stromdurchleitung zu guten Bedingungen möglich ist. Er hat wenige Kompetenzen beim eigentlichen Stromprodukt-Preis – und der Regulator soll auch dafür sorgen, dass die Versorgungssicherheit Schweiz gesichert werden kann. Der tiefstmöglichste Strompreis ist weder das Ziel des Gesetzes noch des Regulators. Es geht ebenso stark um Versorgungssicherheit, wie es auch der Name des Gesetzes sagt.

Sie sprechen die Versorgungssicherheit an, hierzu gehören auch Investitionen in Netze. In ihren Referaten betonen Sie, dass es eine Verzinsung braucht, die solche Investitionen ermöglicht. Der Bundesrat aber reduziert die anrechenbare Verzinsung – den WACC – laufend.

Der WACC wird den Marktbedingungen angepasst. Es geht darum, dass die Zinsen in der letzten Zeit generell gesunken sind, von daher ist der WACC reduziert worden. Aber wir müssen mittelfristig eine Formel für den WACC finden, die Investitionen ins Netz attraktiv machen. Im Zusammenhang mit der Revision des Stromversorgungsgesetzes wird es möglich sein, dies anzugehen und eine plausible Formel zu finden.

> «Wir müssen eine Formel für die Verzinsung finden, die Investitionen ins Netz attraktiv macht.»

Herr Graf, Chef der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid, sagt, unter den jetzigen Bedingungen habe er Probleme, die von Ihnen angesprochenen Investitionen zu finanzieren (siehe Kasten).

Herr Graf sieht, dass er in Zukunft ziemlich grosse Summen aufwenden muss. Da braucht er genügend attraktive Bedingungen, damit er auf dem Kapitalmarkt zu Geld kommen kann. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass der eine oder andere, der über Kapital verfügt und investieren will, sich sagt: Ich habe lieber eine kleinere, dafür einigermassen sichere, regulierte Verzinsung, als in einen Hedge Fonds oder einen sehr volatilen Markt zu gehen, wo irgendwelche Blasen dann wieder zu Abstürzen führen.

Kurz gefragt: Hat Herr Graf recht mit der Aussage, es sei unter den jetzigen regulatorischen Bedingungen schwierig, ein Netz zu finanzieren?

Unter den jetzigen regulatorischen Bedingungen muss Herr Graf gar kein Netz finanzieren [Das Übertragungsnetz befindet sich noch im Eigentum der Überlandwerke – Red.]. Aber er wird in Zukunft die entsprechenden Bedingungen haben müssen – ab 2014/2015, wenn er auch für den Netzausbau zuständig ist.

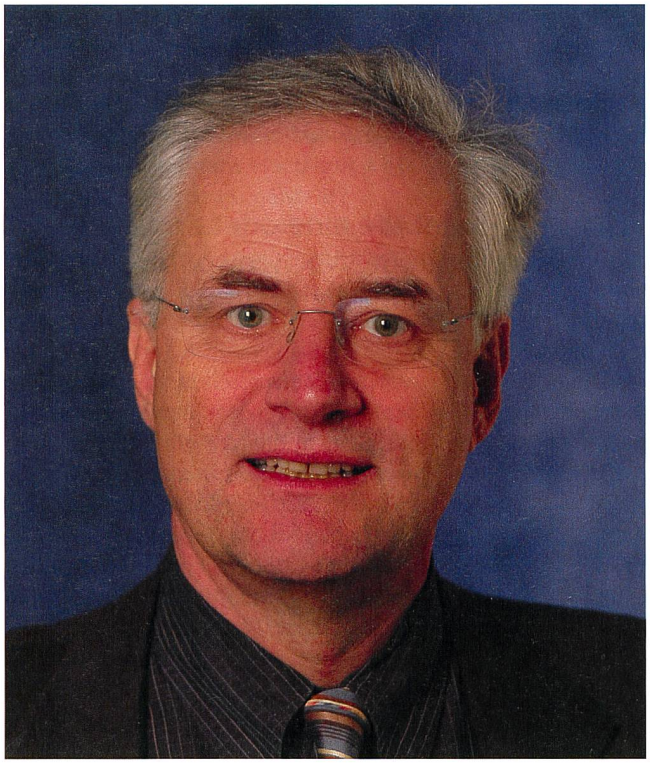
Sie wollen die Frage nicht beantworten?

(lacht) Nein.

Gut. Die Finanzierung von Netzen ist das eine. Der andere Punkt sind die langwierigen Bewilligungsverfahren. Das Stromnetz läuft am Limit, soll es aber ausgebaut werden, gibt es Einsprachen – gerade aktuell bei Mühleberg–Wattenwil, eine Strecke, die nur rund 33 km lang ist. Wie kann man das Problem lösen?

Wir haben verschiedene Massnahmen geplant und zum Teil bereits umgesetzt. Das Erste ist ganz sicher, dass wir mehr Leute benötigen, welche die Verfahren bearbeiten. Und es braucht einige Leitentscheide, diese werden das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesgericht fällen. Das zweite: Wir müssen mehr kommunizieren. Dabei ist es gut, dass mit Swissgrid jemand neues auf den Plan kommt, der vielleicht eine etwas andere Kommunikation betreibt, als wir sie bisher in der Strombranche gewohnt sind. Das dritte: Wir haben eine Strategiegruppe Netze

BRANCHE **PANORAMA**



BFE

Walter Steinmann: «Das Verfahren des Bundesamts bei den neuen Kernkraftwerken dauert nicht zu lange. Wir sprechen hier schliesslich nicht von Einfamilienhäuschen.»

und Versorgungssicherheit eingesetzt, die weitere Vorschläge machen wird, wie man die Verfahren beschleunigen kann.

Der Netzausbau hat auch eine internationale Dimension. Sie streben ein Stromabkommen mit der EU an, dass sogar zu einem Energieabkommen ausgeweitet werden soll. Die EU aber hat doch momentan anderes zu tun, als sich mit der Schweiz um ein solches Abkommen zu balgen.

Die EU besteht nicht aus einigen, wenigen Leuten. Es gibt eine Direktion, die für Energie zuständig ist. Dort habe ich meine «Counterparts», die haben Zeit für uns, mit denen können wir die nächsten Schritte in den Verhandlungen gehen. Eine andere Frage ist, ob wir nachher das Abkommen wirklich abschliessen können. Da geht es um generelle institutionelle Fragen der Zusammenarbeit Schweiz–Europa, die nicht nur das Stromdossier betreffen, sondern wo sich beide Seiten überlegen: «Wie können wir die Beziehungen in Zukunft klug gestalten?»

> «Es ist es gut, dass Swissgrid vielleicht etwas anders kommuniziert.»

Diese Beziehungen waren schon besser – Stichwort Bankgeheimnis. Spüren Sie gewisse Ressentiments in Ihrem Bereich?

Das sind andere Dossiers. Und es gibt auch Leute auf der anderen Seite, die bedauern, dass man mit der Schweiz das eine oder andere Dossier auf die Art geführt hat, wie dies geschehen ist.

Noch zum Rahmenbewilligungsverfahren für neue KKWs. Ihr Bundesamt und Bundesrat Leuenberger wollen eine mögliche Volksabstimmung im Jahr 2013 durchführen. Die Kantone wünschen teils längere Fristen für ihre Stellungnahmen, auch um konsultative Volksabstimmungen durchzuführen. Ist Ihr Zeitplan realistisch?

Es gibt zurzeit eine Diskussion mit den Kantonen und anderen Playern, ob man den Fahrplan ändern soll. Wir meinen, dass die Fristen, die man den Kantonen gesetzt hat, sinnvoll sind und auch den Kantonen, die eine Abstimmung durchführen müssen oder wollen, ausreichend Zeit bieten, um sich im Prozess adäquat äussern zu können. Auf diese Weise wird sich der Bundesrat Mitte 2012 auf eine umfassende Grundlage für seinen Entscheid über die Rahmenbewilligungen stützen können. Danach wird es dem Parlament vorbehalten sein, ob es Expresstempo gehen oder sehr detailliert beraten will.

> «Man sollte nicht bereits 2010 über die Marktöffnung jammern.»

Aus der Strombranche wurde Kritik laut, das Rahmenbewilligungsverfahren dauere zu lang. Bemängelt wurde insbesondere, dass alle drei KKW-Projekte parallel behandelt werden.

Werden drei Projekte beinahe zeitgleich eingereicht, kann man keine Rangfolge erstellen. Es ist an der Branche zu

Powertage: Forum Stromzukunft

Investitionsbedarf, Smart Grid und E-Mobilität

Walter Steinmann sprach am 2. Juni auf dem Forum «Stromzukunft Schweiz», das der VSE während den Powertagen in der Messe Zürich organisiert hatte. Dabei betonte der BFE-Direktor die Bedeutung eines künftigen «intelligenten Netzes» (Smart Grid), welches mit den Schwankungen bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien umgehen kann. Das Bundesamt für Energie würde deshalb zahlreiche Smart-Grid-Projekte fördern und sei zudem international aktiv, etwa in der Drei-Länder-Kooperation «D-A-CH» (Deutschland, Österreich, Schweiz).

Pierre-Alain Graf, Chef der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid, machte auf den dringend notwendigen Netzausbau aufmerksam. Die Schweizer Stromleitungen würden am Limit laufen und hätten ihr Pensionierungsalter erreicht. Als problematisch für die Investitionen erachtete Graf die anrechenbare Anlageverzinsung, welche in der Schweiz unter dem europäischen Durchschnitt liege.

VSE-Direktor Josef A. Dürr wiederum wies darauf hin, dass sich die drohende Stromlücke nur mit einem ausgewogenen Mix aus Wasserkraft, Kernenergie, neuen erneuerbaren Energien und Importen schliessen lasse.

ETH-Professor Lino Guzzella schliesslich machte wenig Hoffnung, dass der Elektrantrieb im Strassenverkehr den Verbrennungsmotor zu verdrängen vermag. Es sei sinnvoller, auf verbrauchsarme Fahrzeuge zu setzen. Am Forum nahmen rund 300 Personen teil. Mn

BRANCHE **PANORAMA**

überlegen, wann sie allenfalls eines oder zwei Projekte zurückziehen will. Da liegt der Fehler nicht bei uns. Wegen der Zeitdauer: Das erste Projekt ging Mitte 2008 ein, Mitte 2012 entscheidet der Bundesrat. Diese vier Jahre sind keine lange Dauer – wir sprechen hier nicht von Einfamilienhäuschen, sondern von Kernkraftwerken. Ich kann den Vorwurf deshalb nicht nachvollziehen.

Nicht nur bei den Kernkraftwerken gibt es einen Zeitplan, auch bei der Revision des Stromversorgungsgesetzes. Ich habe gehört, hier gäbe es bereits Verzögerungen.

Wenn die eine oder andere Sitzung einige Wochen später stattfindet, ist dies noch keine Verzögerung. Wir werden Ende Jahr sicher die wesentlichen Erkenntnisse haben, was wir im Gesetz ändern müssen. Nachher werden wir den politischen Prozess angehen. Da wird es immer wieder Phasen geben, die etwas länger dauern, und andere, die etwas rascher gehen.

Und Hand aufs Herz: Wie sind angesichts des harzigen Starts des teilliberalisierten Markts die Chancen, dass die volle Strommarktöffnung im Jahr 2014 durchkommt?

> « Findet die eine oder andere Sitzung einige Wochen später statt, ist das noch keine Verzögerung. »

Von mir aus gesehen, sollte man nicht bereits 2010 mit dem Jammern beginnen. Der Start in die Marktöffnung lief nicht unbedingt gut. Die Kommunikation war schlecht. Einige Elektrizitätsunternehmen haben bei der Anpassung der Preise übertrieben. Auch einige Gemeinden mussten sich vom Bundesrat Kritik gefallen lassen, weil sie gleichzeitig die Gebühren und Abgaben massiv erhöhten. Aber wir werden unsere wesentlichen Erfahrungen mit der Marktöffnung erst noch machen. Niklaus Mäder

Zur Person

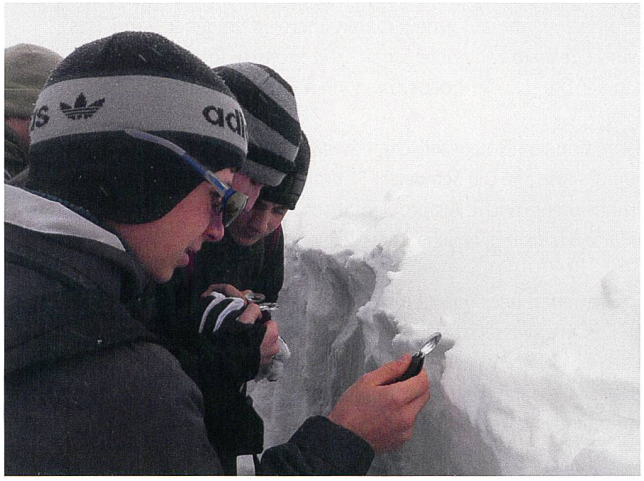
Walter Steinmann

Walter Steinmann ist seit 2001 Direktor des Bundesamts für Energie (BFE). Der 59-jährige Steinmann studierte in Zürich und Konstanz Volkswirtschaft – eine Ausbildung, die er 1988 mit dem Doktortitel abschloss. Anschliessend war er Delegierter für Wirtschaftsförderung des Kantons Basel-Landschaft, Beauftragter für Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn und von 1994 bis 2001 Leiter des Amts für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Solothurn, das auch die kantonale Energiefachstelle umfasst. Ausserdem amtete Steinmann von 1998–2001 als nebenamtlicher Sekretär der Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren. Mn

Die Eiger-Klima-Schulen starten im August

Die Umgebung könnte dramatischer kaum sein: Der steile Fels der Eigernordwand, das kalte Eis des Aletschgletschers, eine Höhenluft, die beinahe schwindlig macht. Genauso dramatisch ist der Vorgang, um den es geht, sollen doch ab 9. August Schulklassen rund um Grindelwald die Folgen des Klimawandels für den hochalpinen Raum hautnah erleben.

Führer zeigen den 15–17-jährigen Jugendlichen während 1½ Tagen im Projekt «Eiger-Klima-Schulen» auf dem Jungfraujoch die Netze, die seit Neustem vor Felsbrocken schützen, welche sich wegen der steigenden Temperaturen lösen. Sie informieren, dass der Gletscherpalast in diesem 3500 m hohen Ausflugsziel inzwischen künstlich gekühlt werden muss, und führen den Rückgang des Eigergletschers anhand von Markierungen und alten Fotos vor Augen. Auch kleine Experimente sollen die Jugendlichen sensibilisieren. Eines davon: Die Führer haben Steine zu einem Klumpen vereist. Die Schüler erwärmen den Block mit einem Föhn und sehen, wie dieser auseinanderbricht – ein Felssturz aufgrund des schwindenden Permafrosts im Kleinen.



Niklaufs Mäder

Schüler untersuchen während der Testwoche den Schnee des Aletschgletschers.

Dies alles soll die Jugendlichen motivieren, das eigene Verhalten zugunsten des Klimas zu verändern. Sie wolle künftig häufiger duschen statt baden, sagte etwa eine Schülerin Mitte Juni in der Testwoche des Projekts.

Das Vorhaben stösst auf riesige Resonanz. Die 2000 Plätze seien innert kürzester Zeit ausgebucht gewesen, erzählt Martin Pfisterer, Geschäftsleitungsmitglied der beim Projekt federführenden BKW. Für 3000 Schüler, die nicht berücksichtigt werden konnten, suchen die Organisatoren nun ein Ersatzangebot. Auch der politische Rückhalt ist enorm. Das Vorhaben steht unter dem Patronat von Bundesrätin Doris Leuthard und Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer Wyss, auch die Erziehungdirektorenkonferenz unterstützt die Aktion.

Und Pfisterer hat bereits weitere Pläne. So möchte er mit der EU-Kommission eine ähnliche Tour unternehmen. Und im nächsten Jahr soll das Projekt wieder stattfinden, die Suche nach der Finanzierung hat bereits begonnen. Mn

Weitere Informationen: www.eigerclimate.ch